



Schneider Breiter Weg 126 35440 Linden

An den
Hessischen Ministerpräsidenten
Herrn Volker Bouffier
Hessische Staatskanzlei
Postfach 3147

65021 Wiesbaden

Linden, 16.12.2017

Offener Brief an den hessischen Ministerpräsidenten Herrn Volker Bouffier
„Stoppen Sie das hessische Kommunalinvestitionsprogramm (KIP)
für die Erneuerung von Gemeindestraßen!“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir dürfen Sie zunächst informieren, dass aufgrund der bedenklichen Entwicklung der Straßenbeitragsforderungen hessischer Kommunen an Hauseigentümer und der insgesamt damit verbundenen Ungerechtigkeiten sich die lokalen Bürgerinitiativen und Gruppierungen zu einer landesweiten Kooperation „Straßenbeitragsfreies Hessen – eine AG hessischer Bürgerinitiativen“ zusammengeschlossen haben. Wir sind zukünftig gerne für Sie der Ansprechpartner aus der Bevölkerung zu diesem Thema. Weitere Informationen über uns entnehmen Sie bitte der Anlage.

Unsere Mitglieder hatten Sie in der Vergangenheit wiederholt angeschrieben mit der Bitte, für eine Änderung / Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu sorgen. Passiert ist leider nichts. Ganz im Gegenteil, das Problem verschlimmert sich. Anlass dafür sind die Milliarden Euro für die Instandsetzung der Infrastruktur (darunter viele Gemeindestraßen), die Bund und Länder den Gemeinden derzeit zur Verfügung stellen. Was zunächst gut klingt, ist leider für die Hauseigentümer kein Grund zur Freude. Denn was passiert:

- da es die Zuschüsse gibt, greifen viele Gemeinden jetzt zu und beschließen die zumeist „grundhafte Erneuerung“ ihrer Gemeindestraßen. Die sie zuvor jahrzehntelang haben verlottern lassen. Denn es war kein Geld da für die Straßeninstandhaltung.
 - dank des damit entstandenen Booms klettern die Preise im Tiefbau. Gegenüber Vorjahr wird von ca. 30 Prozent Preissteigerung berichtet
-

- qualifiziertes Personal ist kaum zu kriegen, da in den letzten Jahren stetig abgebaut wurde. Das betrifft gerade auch die Planer und Ingenieure. Die Qualität der Baumaßnahmen sinkt.
- da man viele Straßen erneuert, werden viele Haus- und Grundstückseigentümer mit Straßenausbaubeiträgen zur Kasse gebeten. Voll! Denn die großzügigen Förderprogramme (absurderweise zu einem großen Teil aus den Steuern der Haus- und Grundstückseigentümer) werden nur auf den Anteil der Gemeinden verrechnet.

Ein Beispiel liefert die Pressemeldung des hessischen Wirtschaftsministeriums vom 4.12.2017 „Kreisstraßenausbau in Wetzlar-Münchholzhausen“. Während sich das Wirtschaftsministerium unter Wirtschafts- und Verkehrsminister Herrn Tarek Al-Wazir als „großzügiger Geber“ feiert, haben die betroffenen Anlieger schlaflose Nächte, ob und wie sie Straßenausbaubeiträge bis zu 60.700 Euro schultern können. Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten mehrfach, z.B. die Hessenschau am 19.7.2017. Leider kein Einzelfall - wir können viele ähnlich gelagerte Fälle benennen. Das führt zu viel Unzufriedenheit, Ärger und Frustration in den betroffenen Gemeinden. Sicher spiegelt sich auch irgendwo in den Wahlergebnissen.

Der ADAC fordert seit langem ein Umsteuern bei den „Straßenausbaubeiträgen“: „Die den Gemeinden zufließenden Dritt- und Fördermittel müssen mit dem gesamten Vorhaben verrechnet werden, nicht nur mit dem Eigenanteil der Gemeinde.“ und weiter: „Die Gemeinden müssen einen hohen Eigenanteil an den Kosten einer Erneuerung tragen, damit keine Anreize zur mangelnden Erhaltung der Straßen entstehen.“

Die Wohnungsverbände wie z.B. der Verband Wohneigentum Hessen e.V. fordern

1. Herauslösung der Beitragspflicht für den Ausbau von Ortsstraßen aus dem Kommunalabgabengesetz
2. Finanzierung der Ortsstraßen aus Steuermitteln
3. Verpflichtung der Kommunen zur Errichtung eines nachhaltigen Straßenbaumanagements

Dem schließen wir uns an!

Bis zu dem Zeitpunkt, an dem diese berechtigten, bereits mehrfach an Sie herangetragenen Forderungen umgesetzt sind, möchten wir Sie bitten:

„Stoppen Sie das hessische Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) für die Erneuerung von Gemeindestraßen!“

Wir befürchten zudem, dass die von Ihnen angekündigte Offensive **“Land hat Zukunft – Heimat Hessen“**, bei der 1,8 Mrd. € in die ländlichen Regionen fließen sollen, die eingangs geschilderte Situation noch weiter verschärfen wird. Aus unserer Sicht wäre eine andere Vorgehensweise besser, daß Sie nämlich (1) die Straßenausbaubeiträge unverzüglich abschaffen. Und im Gegenzug (2) die Kommunen mit einem Teil der o.g. 1,8 Mrd. € sowie den dann (3) wieder zu aktivierenden KIP Fördergeldern zweckgebunden ausstatten, damit sie ihre Gemeindestraßen ohne Straßenausbaubeiträge erneuern können.

Das wäre die klare und saubere Lösung, die auch ökonomisch sinnvoll ist. Denn die Erträge aus Straßenausbaubeiträgen sind ein Bruchteil (im Promillebereich) unseres hessischen Landeshaushalts. Doch dafür wird ein maßloser Aufwand veranstaltet: Heerscharen von Bürger-

meistern, Gemeinderäten, Verwaltungsbeamten und -angestellten in den Gemeinden, Landtagsabgeordnete und deren Mitarbeiter, Richter und Sachverständige beschäftigen sich mit Straßenausbaubeiträgen, investieren Zeit und Geld, Gerichte müssen "Recht" sprechen. Wiederkehrende Beiträge sollen angeblich noch aufwendiger sein. Sie sind genauso ungerecht wie Einmalbeiträge und werden faktisch nicht angenommen. Letztlich verdienen nur externe Ingenieurbüros und Rechtsanwälte am chaotischen System der Straßenausbaubeiträge. Da wäre die Lösung "steuerfinanzierte Sanierung von Gemeindestraßen" sicher um einiges kostengünstiger. Und Übergangsregelungen lassen sich finden, wenn wir es gemeinsam wollen.

Was schlagen Sie vor? Wann schafft Hessen die Straßenausbaubeiträge ab? Wie Berlin, wie Wiesbaden, wie Frankfurt, wie Hamburg, wie Baden-Württemberg usw. Wie verhindern Sie, dass jemand in Münchholzhausen demnächst 60.700 € als „seinen“ Straßenausbaubeitrag zahlen muss?

Gerne erwarten wir Ihre Einschätzung der Situation und vielleicht sogar Lösungsansätze. Für Fragen steht Ihnen der Unterzeichner zur Verfügung.

Die Mitglieder des Innenausschusses des hessischen Landtags, die Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien sowie der AvgKD e.V. (Berlin), der Verband Wohneigentum Hessen e.V. (Oberursel) sowie der Verband Deutscher Grundstücksnutzer e.V. (Berlin) erhalten eine Ausfertigung des Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Schneider

Sprecher „Straßenbeitragsfreies Hessen –
eine AG hessischer Bürgerinitiativen“

Landesbeisitzer Hessen AVgKD Allgemeiner Verein
für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland e.V.

Anlage:

Informationsblatt „Straßenbeitragsfreies Hessen“

Links:

(<https://wirtschaft.hessen.de/presse/pressemitteilung/kreisstrassenausbau-wetzlar-muenchholzhausen>).

(https://www.adac.de/_mmm/pdf/fi_beitraege_anwohner_strassenausbau_infobro_0910_20120.pdf)

http://www.giessener-anzeiger.de/politik/hessen/hessens-laendliche-regionen-sollen-gestaerkt-werden_18377004.htm

cc.:

- Mitglieder des Innenausschusses im Hessischen Landtag
- Fraktionsvorsitzende der Parteien im Hessischen Landtag
- AvgKD e.V., Berlin, Herr Prof. Dr. Rainer Kalwait
- Verband Wohneigentum Hessen e.V., Oberursel, Herr Rudi Bauschke
- Verband Deutscher Grundstücksnutzer e.V., Berlin, Herr Christoph Schmidt-Jansa

Straßenbeitragsfreies
Hessen



eine AG
hessischer Bürgerinitiativen
www.strassenbeitragsfrei.de

Straßenbeitragsfreies Hessen eine AG hessischer Bürgerinitiativen

Sprecher:

Uwe Metz – Helmut Hoffmann – Andreas Schneider

Wir über uns

Unsere parteiübergreifende Arbeitsgruppe wurde am 4. November 2017 von 14 Bürgerinitiativen und Gruppierungen aus ganz Hessen gegründet. Weitere sind seitdem hinzugekommen. Wir fordern, die ungerechten, unsozialen, unwirtschaftlichen, willkürlichen und existenzbedrohenden bzw. -vernichtenden Straßenausbaubeiträge (STRABS) in Hessen abzuschaffen.

Wir wirken durch Aufklärung, Überzeugung und Öffentlichkeitsarbeit auf den hessischen Landtag und die hessische Landesregierung ein. Den hessischen Kommunen empfehlen wir die Abschaffung oder Nichtanwendung bestehender Satzungen. Darin beraten wir Bürgermeister und Ratsmitglieder. Wir unterstützen betroffene Anlieger bei der Gründung von Bürgerinitiativen sowie bei Klagen und Gerichtsverfahren, referieren in Bürgerversammlungen und organisieren Demonstrationen

Unsere ehrenamtlichen Sprecher sind

- Herr Uwe Metz, 36284 Hohenroda, Anliegerschutz Hohenroda
- Herr Helmut Hoffmann, 63477 Maintal, BI Hanau
- Herr Andreas Schneider, 35440 Linden, BI Linden gegen Strassenausbaubeiträge, Landesbeisitzer Hessen des AVgKD e.V., Berlin.

Wir freuen uns, dass

- der Protest gegen Straßenausbaubeiträge in ganz Hessen zum Thema in Kommunal- und Landespolitik wird
- die Freien Wähler Hessen am 16.11.2017 die Abschaffung der STRABS fordern
- eine umfangreiche Berichterstattung in allen Medien des Landes stattfindet
- jetzt eine Kooperation mit Abgeordneten und Mandatsträgern aus vielen Parteien entsteht

Wir kooperieren mit folgenden Verbänden

- Verband Wohneigentum Landesverband Hessen e.V. Oberursel
- AVgKD Allgemeiner Verband für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland e.V. Berlin
- VDGN Verband Deutscher Grundstücksnutzer e.V..Berlin
- VSSD Verein Stop von Straßenausbaubeiträgen in Deutschland e.V., Berlin
- und weiteren

Wir fordern: **Straßenbeitragsfreies Hessen**

Hohenroda, Maintal, Linden, im Dezember 2017

Uwe Metz	Zum Strauch 6	36284 Hohenroda	Tel. 01522 434 9760	uwemetz100@hotmail.com
Helmut Hoffmann	Kennedyst. 92	63477 Maintal	Tel. 0171 676 5336	compass8@t-online.de
Andreas Schneider	Breiter Weg 126	35440 Linden	Tel. 01578 1957 111	lindenstrassen@posteo.org

www.strassenbeitragsfrei.de